

Freitag, 22. Juli 2022, Rhein-Zeitung Kreis Neuwied, Seite 21

Land erhöht Druck auf klamme Kommunen

Von Yvonne Stock



Stadt Bad Honningen droht Fördermittel zu verlieren, weil Gegenfinanzierung fehlt

Bad Honningen. Mit einer schwierigen Haushaltslage kennen sich die Bad Hönninger aus – seit Jahren schleppen sie einen großen Schuldenberg mit sich herum und sind eigentlich immer dabei, wenn das Land Entschuldungsprogramme auflegt. Aber derzeit scheint sich die Situation um die städtischen Finanzen noch einmal zuzuspitzen – nebenan in Rheinbrohl sieht es nicht viel besser aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages verlangt, dass die Kommunalaufsicht bei der Genehmigung der Haushalte strenger vorgeht. Das geht aus einem Schreiben des Landesinnenministeriums vom Januar dieses Jahres hervor. Demnach müssen verschuldete Kommunen wie die Stadt Bad Honningen oder die Ortsgemeinde Rheinbrohl ab kommendem Jahr für den Gesamtbetrag der Investitionskredite darstellen, wie sie ihre Einnahmen, etwa aus der Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer, erhö-

hen werden, um eine „ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit gefährdende Zunahme des Standes der Investitionsschulden zu vermeiden“. Investitionskredite brauchen also quasi eine Gegenfinanzierung.

Daran scheiterte jüngst die Beteiligung Rheinbrohls an der neu strukturierten Tourismusförderung über die VG Bad Hönningen. Für die notwendigen 45 000 Euro sieht der Ortsgemeinderat derzeit keine Möglichkeit der Gegenfinanzierung und stimmte deshalb dagegen. Der Neubau der Kita und die nur sehr geringe Förderung von Kreis und Land nehmen der Ortsgemeinde auf absehbare Zeit alle Luft zum Atmen. Ein Stück weiter den Rhein hinauf sieht es nicht besser aus. Sollte die Rheinstraße in Leutesdorf nicht über den Hochwasserschutz des Landes höher gelegt und gleichzeitig saniert werden, hat sich auch Ortsbürgermeister Heinz-Willi Heisterkamp schon gefragt, wo er in einigen Jahren dann die Mittel für eine Sanierung herbekommen soll. Selbst auf den ersten Blick Kleinstausgaben sind für den Ort ein Problem.

In Bad Hönningen wurden jetzt angesichts des Schreibens vom Land einige Projekte auf Eis gelegt, wie in der jüngsten Stadtratsitzung deutlich wurde. Darunter fällt der geplante Ankauf des Gemeindezentrums. Der Ausbau eines Stücks der Rheinallee zur Fahrradstraße ist laut Stadtbürgermeister Reiner W. Schmitz gesichert, für den Herbst ist die Auftragsvergabe geplant. Hinter dem Rest der dortigen Planung, unter anderem die deutliche Aufwertung des Rheinufergeländes, stehen jetzt Fragezeichen.

Für Frust sorgte im Stadtrat, dass fast gleichzeitig zu dem Schreiben aus dem Landesinnenministerium öffentlichkeitswirksam vom Land der Scheck für die Städtebauförderung in Bad Hönningen übergeben worden war. Bei der Förderung muss die Stadt aber immer einen Eigenanteil leisten – den sie nicht mehr ohne Gegenfinanzierung über Kredit bezahlen darf. „Wir investieren viel Zeit und viel Geld für Planungskosten, und dann dreht man uns den Geldhahn zu“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Gollos enttäuscht. CDU-Fraktionssprecherin Lilo Schön schlug vor, einen Brief ans Land zu schreiben: „Wir müssen böse werden.“

Auch Schmitz betonte, dass ihn das Ganze frustriert. „Wir werden 300 000 Euro Fördermittel verlieren, wenn wir die Maßnahmen nicht refinanzieren können.“ Er rief dazu auf, einen Kassensturz zu machen und auch darüber nachzudenken, Besitztümer wie Grundstücke oder Immobilien zu verkaufen, damit die Fördersumme nicht verfällt.

Bereits im Mai musste die Stadt Pläne beilegen. Sie wollte am Programm „Graue Flecken“ des Kreises teilnehmen, damit alle Haushalte in der Stadt mit schneller Glasfaser versorgt werden können und nicht nur die im Ausbaubereich der Telekom. Auch das war daran gescheitert, dass Bad Hönningen den Eigenanteil von mehr als 400 000 Euro nicht aufbringen kann.

VG-Kämmerer Ulrich Simon ist Kummer beim Planen der Haushalte für Bad Hönningen gewöhnt. Für den Nachtragshaushalt für dieses Jahr konnte er immerhin ein Plus in Höhe

von 34 500 Euro verkünden, neue Kredite wurden nicht notwendig. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2022 hatte die Stadt Bad Hönningen laut Nachtragshaushalt 14,5 Millionen Euro Kredit zur Liquiditätssicherung aufgenommen und 2 Millionen Euro Kredite für Investitionen.

Natürlich schaut man hier gespannt darauf, wie das Land seine Ankündigung umsetzt, den Kommunen die Hälfte ihrer Liquiditätskredite zu erlassen. Das Umsetzungsgesetz soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Und dann ist da auch noch die geplante Reform des kommunalen Finanzausgleichs, den der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt hatte. „Der Gesetzentwurf lässt für die Ortsgemeinden nichts Gutes erwarten“, bremste Kämmerer Simon erhöhte Erwartungen.

Zudem werden im kommenden Jahr wohl die vom Land festgesetzten Nivellierungssätze erhöht. Für die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Flächen könnte der Satz von 300 auf 345 steigen, für die Grundsteuer B für bebaute und bebaubare Grundstücke von 365 auf 465 und für die Gewerbesteuer von 365 auf 400. Wer als Kommune diese Sätze nicht erhebt, kann Probleme beim Beantragen von Fördergeldern bekommen. So wollte Windhagen vor einiger Zeit eine Förderung für die Sanierung von Gehwegen und Beleuchtung der Brunnenstraße beim Land beantragen, das dieses Ansinnen ablehnte mit Verweis auf die Windhagener Hebesätze der Grundsteuer, die unter den Nivellierungssätzen liegen. Jetzt will Windhagen das Projekt ohne Förderung stemmen – dank einer guten Finanzkraft der Gemeinde ist das dort möglich. Wer die Sätze erhöht, gibt das meiste davon über die Umlage an VG und Kreis ab. Erst wer mehr als die Sätze verlangt, darf die Differenz ganz behalten. Die Steuern zu erhöhen, dürfte aber in Zeiten steigender Inflation viel Unmut bei den Bürgern auslösen.

Die VG Bad Hönningen kann fast nur die Umlage erhöhen, um ihre Finanzlage zu verbessern. Im Zuge des Nachtragshaushaltes für dieses Jahr ist das auch geschehen, die Umlage steigt von 39 auf 42 Prozent. Die Kreisumlage beträgt 43 Prozent und wird trotz eines Top-Ergebnisses beim Haushalt für das vergangene Jahr wegen des Schuldenstandes nicht gesenkt. VG-Chef Ermtraud ist inzwischen ein Experte für Fördermittel geworden, weil das meiste nur zu stemmen ist, wenn von Land, Bund oder EU Gelder fließen. Anfang des Haushaltsjahres hatte die VG laut Nachtragshaushalt rund 17 Millionen Euro Kredite zur Liquiditätssicherung und 6,2 Millionen Euro Investitionskredite aufgenommen – es sollen mehr werden.

Ein weiteres Problem für die überschuldeten Kommunen: Die Zinsen für Kredite steigen wieder an. Glücklicherweise kann sich da schätzen, wer sich günstige Zinsen, etwa im Zuge der Teilnahme an einem Entschuldungsprogramm, langfristig gesichert hat.

Im nächsten Winter wird es wohl kälter im Rathaus

Wegen der erwarteten deutlichen Kostensteigerung im Bereich der Heizkosten lässt die Verwaltung einen kommunalen Heizungscheck durchführen, berichtete VG-Chef Jan

Ermtraud bei der jüngsten VG-Ratssitzung. Geprüft wird, ob sich die Grundtemperatur in Kitas, Schulen und dem Rathaus herabsetzen lässt, um Geld zu sparen. Auch die Stadt und die Ortsgemeinden hat Ermtraud eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen. ys

Was ist in den kommenden Jahren in der Stadt Bad Hönningen noch finanzierbar? Da das Land die Daumenschrauben für den nächsten Haushalt angezogen hat, stehen hinter vielen Vorhaben wieder Fragezeichen. Foto: Yvonne Stock

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.